

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 5. Sitzung des Ortsbeirates Pieschen (OBR Pi/004/2015)

am Dienstag, 10. März 2015,

18:00 Uhr

**im Rathaus Pieschen, Bürgersaal,
Bürgerstraße 63, 01127 Dresden**

Pi/004/2015 10. März 2015

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Christian Wintrich

Mitglied Liste CDU

Christoph Böhm
Tassilo Langner
Angelika Liu
Dr. Rotraut Sawatzki
Frank Walther

Mitglied Liste DIE LINKE

Heidrun Angermann
Maurice Devantier
Falk Gnilka

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Raphael Eisbein
Christian Helms
Thomas Sawatzki

Mitglied Liste SPD

Stefan Engel
Katherina Schubarth

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Dr. Thomas Hartung

Mitglied Liste FDP

Thomas Bergmann

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Heidi Geiler

Mitglied Liste PIRATEN

Clemens Müller

Mitglied Liste NPD

Andreas Leipscher

Abwesend:

Dr. Wolfgang Daniels
Annica Peter
Ronny Winkler

Pi/004/2015 10. März 2015

TAGESORDNUNG

Öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschrift zur 4. Ortsbeiratssitzung vom 03. Februar 2015
- 2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
 - 2.1 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) V0220/14
Berichterstatter: Frau Winkler - Integrations- u. Ausländerbeauftragte beratend
 - 2.2 Satzung über die Bereitstellung, Benutzung und Betreibung von Unterbringungseinrichtungen für Asylbewerber sowie Flüchtlinge nach § 3 Sächs-FlüAG A0022/15
Berichterstatter: Herr Stadtrat Gordon Engler (AfD) beratend
- 3 Informationen des Ortsamtsleiters, unter anderem aktuelle Informationen zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für besondere Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich
- 4 Sonstiges, Informationen und Anfragen aus dem Ortsbeirat

Pi/004/2015 10. März 2015

Öffentlich

Der Vorsitzende begrüßte den Ortsbeirat, die geladenen Gäste und Zuhörer. Er stellte die fristgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Anträge zur Tagesordnung wurden nicht gestellt.

TOP 1 Kontrolle der Niederschrift zur 4. Ortsbeiratssitzung am 03. Februar 2015

Die Niederschrift der 04. Ortsbeiratssitzung am 03.02.2015 wurde am 27.02.2015 den Ortsbeiräten überreicht. Einsprüche zur Niederschrift der letzten Sitzung liegen dem Ortsamt Pieschen nicht vor, so dass die Niederschrift bestätigt ist.

TOP 2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates**TOP 2.1 Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015 - 2020) V0220/14 beratend**

Frau Winkler, Integrations- und Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden stellte das Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund 2015-2020 vor. Am Beginn ihrer Ausführungen verwies sie auf das Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten 2009, wo gemäß dem Stadtratsbeschluss V3193-SR82-09 vom 28.05.2009 der Auftrag zur jährlichen Berichterstattung erteilt wurde. Alle zwei Jahre sollten Ziele und erforderliche Maßnahmen konkretisiert werden sowie die Fortschreibung bzw. eine Neufassung aller vier Jahre erfolgen. Dieses Konzept trat im Juli 2009 in Kraft.

Aufgrund der weltpolitischen Veränderungen und der gegenwärtigen Situation der Flüchtlingsströme nach Europa, Deutschland und damit auch nach Dresden und den gegenwärtig geführten Diskussionen in der Medienlandschaft, ist diese Problematik von besonderer Bedeutung.

Die Struktur des Integrationskonzeptes ist in folgende elf kommunale Handlungsfelder aufgeteilt:

- Spracherwerb, Sprachförderung
- Arbeit, Wirtschaft und Berufsausbildung
- Wohnen
- Frühkindliche Bildung
- Schulische Bildung
- Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, Hilfen zur Erziehung
- Gesellschaftliche, soziale Integration, Selbstorganisation, politische Teilhabe
- Soziale Beratung und Betreuung
- Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung
- Sport
- Kulturelle Vielfalt

Aus diesen Handlungsfeldern werden lang-, mittel- sowie kurzfristige Ziele und Maßnahmen abgeleitet. Des Weiteren erfolgen Abstimmungen der Ziele und Maßnahmen mit bereits vorhandenen Fachplanungen.

Lang- und mittelfristige Ziele der Dresdner Integrationspolitik sind die Weiterentwicklung der Willkommens- und Anerkennungspolitik, in der sich Menschen mit Migrationshintergrund als gleichberechtigte Mitglieder der Dresdner Stadtgesellschaft sehen und entfalten können.

Pi/004/2015 10. März 2015

Es ist vorgesehen, dass bis zum Jahr 2020 in Dresden Rahmenbedingungen entwickelt sind, die Kindern und Jugendlichen einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung ermöglichen und dadurch besseren Bildungserfolg erreichen. Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der Einbeziehung der Menschen mit Migrationshintergrund in das politische und gesellschaftliche Leben. Es gilt die Strukturen für eine selbstständige und nicht selbstständige Beschäftigung auszubauen. Die Stadt Dresden gewährleistet ihnen den gleichberechtigten Zugang zu den kommunalen Angeboten und Dienstleistungen.

Als eine der Maßnahmen ist die Entwicklung und Umsetzung eines Konzeptes vorgesehen, welches Personen bedarfsgerechte Sprachkurse anbietet, die keinen gesetzlichen Anspruch besitzen. Weiter ist der Ausbau einer Zusammenarbeit mit Gemeindedolmetscherdiensten mittels einer bedarfsgerechten kommunalen Förderung vorgesehen. Des Weiteren wird die soziale Einbindung von Flüchtlingen angestrebt. Das heißt konkret, dass Arbeitsgelegenheiten vermittelt werden, was den Flüchtlingen eine schnellere Eingliederung ermöglicht.

Weitere Maßnahmen sind:

- Stärkung der politischen Arbeit des Ausländerbeirates
- Bereichsübergreifende Weiterentwicklung der interkulturellen Orientierung und Öffnung der Verwaltung (z.B. mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit)
- Stärkung der politischen Bildung (z.B. Schulungen der Beschäftigten gegen alle Formen der Fremdenfeindlichkeit)

Das Integrationskonzept 2015 - 2020 lag im Jahr 2014 zur öffentlichen Beteiligung in der Zeit vom 23.09. bis 24.10.2014 aus. An einer öffentlichen Anhörung beteiligten sich 27 Interessierte als Einzelpersonen oder als Vertreter von Organisationen. Insgesamt gingen 21 Stellungnahmen ein. Über die eingegangenen Hinweise wurde diskutiert und die aus diesen Diskussionen gewonnenen Erkenntnisse sind in den Entwurf des Konzeptes eingeflossen.

Voraussetzungen für die Wirksamkeit des Konzeptes sind:

- Verwaltung und Stadtrat müssen gemeinsam und kontinuierlich Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahmen übernehmen
- Regelmäßige öffentliche Berichterstattung
- Verzahnung der Fortschreibung des Integrationskonzeptes mit der Fortschreibung des Konzeptes „Lokales Handlungsprogramm für Demokratie und Toleranz“

In der anschließenden Diskussion wurden folgende Anregungen und Sachverhalte hinterfragt.

Herr Engel (SPD)

Welche Ergebnisse hat der „Heim-TÜV“ erbracht und wie können Konflikte mit Anwohnern vermieden werden. Was sind die Gründe für eine konzentrierte Unterbringung in den Stadtgebieten?

Im sogenannten „Heim-TÜV“ schneiden die Dresdner Übergangsheime relativ gut ab. Allerdings wurden Mängel in den Heimen festgestellt und das Sozialamt ist bemüht diese Mängel Schritt für Schritt abzustellen. Hinsichtlich möglicher Konflikte mit Anwohnern führte Frau Winkler aus, dass den Asylsuchenden Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden sollen. Damit kommen sie mit Bürgern dieser Stadt in Berührung und dadurch könnten Konflikte mit Anwohnern verhindert werden. Des Weiteren hat vergangene Woche das Sozialamt eine Regionalisierung der Flüchtlingssozialarbeit umgesetzt. Dies heißt, dass gegenwärtig 22 Vollzeitstellen geschaffen wurden und demzufolge 22 Flüchtlingssozialarbeiter ihre Arbeit aufgenommen haben.

Pi/004/2015 10. März 2015

Schwerpunkt ihrer Arbeit ist, Barrieren zwischen den Asylsuchenden und der Nachbarschaft abzubauen.

Zur Problematik der Konzentration der Asylsuchenden in verschiedenen Stadtgebieten ist die Ursache, dass die Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten (GAGFAH) etwa 95% des benötigten Wohnraums anbietet und dieser Wohnraum befindet sich eben in Gorbitz und anderen Plattenbausiedlungen. Private Hauseigentümer und Wohnungsgenossenschaften halten sich leider stark zurück.

Herr Walther (CDU)

Ist ein Internetauftritt vorgesehen, der zu allen Fragen der Migranten- und Asylproblematik schnell und übersichtlich Auskunft gibt. Es sei sehr kompliziert sich über die bereits vorhandenen Seiten ein Bild zur Dresdner Asylpolitik zu machen.

In der Vorlage wird überwiegend dargestellt, welche Leistungen die Stadt und ihre Einwohner erbringen sollen. Aus seiner Sicht fehlt die Darstellung, was die Stadt von den Migranten und Asylsuchenden erwarten kann. Im Konzept fehlt aus seiner Sicht ein Maßnahmenplan, wie sich Dresden als eine gute Willkommensbehörde präsentieren sollte. Als letzte Frage verwies er auf die Ausgabe von Versichertenkarten für Asylsuchende.

Frau Winkler führte zum Thema Internetauftritt aus, dass gegenwärtig an einem entsprechenden Auftritt gearbeitet wird. Außerdem ist vorgesehen eine Broschüre mit allen erdenklichen Hinweisen auf Institutionen, Ansprechpartnern usw. herauszugeben. Dies soll noch im Jahr 2015 erfolgen. Bezüglich der Erwartungshaltung an die Migranten und Asylsuchenden teilte Frau Winkler mit, dass bereits das Integrationskonzept 2009 diese Problematik erfasst. Da es nicht aufgehoben wurde, hat es noch seine Gültigkeit. Sie empfahl Einsicht in dieses Konzept zu nehmen. Zur Problematik der Willkommensbehörde verwies Frau Winkler auf die Seiten 92 bis 94, wo beschrieben ist, wie sich die zuständigen Fachämter in Sachen Willkommenskultur aufzustellen haben. Hinsichtlich der Versichertenkarten bei einer Krankenkasse verwies sie darauf, dass dies eine Angelegenheit auf Landesebene ist. Dies läuft nur in den beiden Hansestädten Hamburg und Bremen, diese sind aber gleichzeitig Bundesländer. Es gibt Initiativen auch in Dresden, noch konnte es nicht umgesetzt werden.

Frau Schubarth (SPD)

Was kann in den sogenannten Ballungsgebieten gegen die Überlastung der dort niedergelassenen Arztpraxen unternommen werden und wäre eine zentrale Arztanlaufstelle bei freier Arztwahl zweckmäßiger?

Freie Arztwahl haben die Migranten und Asylsuchenden auch. Das es Überlastungsmomente in den Arztpraxen in Ballungsgebieten gibt, ist nachvollziehbar. Die Kassenärztliche Vereinigung hat eine Suchmaschine auf ihrer Homepage eingerichtet, wo man auch mehrsprachige Ärzte finden kann. Frau Winkler dankte für diesen Hinweis, denn hier besteht noch Handlungsbedarf.

Herr Bergmann (FDP)

Wie geht die Stadt mit den Migranten/Asylsuchenden um, die sich nicht integrieren wollen? Egal welchen Status die Asylsuchenden haben (positive Bescheidung, Duldung oder Abschiebung) werden alle gleich behandelt. Zum Beispiel müssen ihre Kinder in die Schule gehen, weil in Deutschland die Schulpflicht besteht. Der Leistungsumfang ist aber nicht so umfangreich wie bei Migranten, die ein Bleiberecht haben oder Asylsuchenden, wo der Asylantrag positiv beschieden wurde. Zur Problematik des „Nicht-Integrieren-Wollens“ wurde die Erfahrung gemacht, dass die Ursache in den meistens Fällen darin lag, dass die Asylsuchenden jahrelang in einem „schwebenden Zustand“ gehalten wurden und sich dann daraus dieses „Nichtintegrieren“ entwickelte. Hier muss bei der Bearbeitungszeit der Asylverfahren angesetzt werden.

Pi/004/2015 10. März 2015

Im Anschluss der Diskussion wurden 3 Ergänzungsanträge vorgebracht über welche einzeln abgestimmt wurde:

1. Das Integrationskonzept wird ergänzt durch klare Anforderungen und Erwartungen an die Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf das Zusammenleben in der Dresdner Stadtgesellschaft („Hausordnung“).

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Ablehnung

8 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

2. Der Integrationsplan ist durch einen konkreten Maßnahmeplan, wie die Verwaltung zu einer wirklichen Willkommensbehörde zu entwickeln ist, zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung

16 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

3. Die Oberbürgermeisterin soll sich für eine verbesserte und vereinfachte gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden einsetzen. Dazu soll mit einer Krankenkasse die Übernahme der Krankenbehandlung von Leistungsberechtigten des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) durch die Ausgabe von Versichertenkarten gewährleistet werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung

10 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Den zugestimmten Ergänzungsanträgen wurden in der Beschlussvorlage die Punkte 5 und 6 zugeordnet.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das „Konzept zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in der Landeshauptstadt Dresden (Integrationskonzept 2015-2020).“
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zur Umsetzung des Konzeptes im Jahr 2017 schriftlich Bericht zu erstatten.
3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat spätestens im Jahr 2020 einen Vorschlag zur Fortschreibung bzw. Neufassung des Integrationskonzeptes vorzulegen.
4. Alle Maßnahmen des „Integrationskonzeptes 2015-2020“ sind innerhalb der den Geschäftsbereichen im jeweiligen Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel umzusetzen.
5. **Der Integrationsplan ist durch einen konkreten Maßnahmeplan, wie die Verwaltung zu einer wirklichen Willkommensbehörde zu entwickeln ist, zu ergänzen.**
6. **Die Oberbürgermeisterin soll sich für eine verbesserte und vereinfachte gesundheitliche Versorgung von Asylsuchenden einsetzen. Dazu soll mit einer Krankenkasse die Übernahme der Krankenbehandlung von Leistungsberechtigten des**

Pi/004/2015 10. März 2015

Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) durch die Ausgabe von Versichertenkarten gewährleistet werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitliche Zustimmung
16 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
1 Enthaltung

TOP 2.2 Satzung über die Bereitstellung, Benutzung und Betreibung von Unterbringungseinrichtungen für Asylbewerber sowie Flüchtlinge nach § 3 SächsFlüAG **A0022/15**
beratend

Herr Stadtrat Gordon Engler, Fraktion der Alternative für Deutschland, stellte in einem kurzen Abriss den Antrag vor.

Die AfD-Fraktion hat sich im Zuge der Asylthematik in Dresden und den sich damit auftuenden Problemen, die sich im letzten Jahr noch zugespitzt haben, eingehend beschäftigt.

Es wurde über Unterkünfte entschieden, wo es noch keine abgeschlossenen Vertragsverhandlungen gab. Bürgerversammlungen zu dieser Thematik gab es nicht.

Die AfD-Fraktion hat sich die Satzung der Landeshauptstadt Dresden für die Benutzung von Übergangswohnheime für besondere Bedarfsgruppen (Übergangswohnheimsatzung) näher angeschaut und dabei beträchtliche Mängel festgestellt.

Aus diesem Grund ist eine Überarbeitung dieser Satzung dringend erforderlich. Zwischenzeitlich hat die AfD-Fraktion erfahren, dass die Verwaltung bereits an einer Neufassung der Übergangswohnheimsatzung arbeitet. Dies war der AfD-Fraktion jedoch zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht bekannt und bestätigt ihr, dass erheblicher Nachbesserungsbedarf besteht.

Aus Sicht der AfD-Fraktion sei eine Zustimmung zum Antrag sinnvoll, da dadurch die Verwaltung unter Druck gesetzt wird und eine Neufassung dieser Satzung zeitnah realisiert wird.

Der Vorsitzende gab die Stellungnahme der Verwaltung bekannt. Inhalt dieser Stellungnahme ist, dass an einer Neufassung der Satzung über die Bereitstellung von Unterbringungseinrichtungen gearbeitet wird und deshalb ist aus Sicht der Verwaltung der vorliegende Antrag entbehrlich.

Im Rahmen der Diskussion hinterfragten und äußerten sich die Ortsbeiräte Herr Engel, Herr Sawatzki, Herr Walther, Herr Müller und Frau Dr. Sawatzki. Dabei wurde nochmals festgestellt, dass die Neufassung bereits erfolgt sei und es ist vorgesehen, diese Satzung zeitnah in den Ortsbeiräten und Ortschaften vorstellen.

Abstimmungsergebnis: Ablehnung
1 Ja-Stimmen
14 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

TOP 3 Informationen des Ortsamtsleiters, unter anderem aktuelle Informationen zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für besondere Bedarfsgruppen im Ortsamtsbereich

- Das Ortsamtsbereich Pieschen verfügt über folgende Einrichtungen:
 - Großenhainer Straße 93
 - Leipziger Straße 169
 - Peschelstraße 26
 - Trachauer Straße 9
 - 4 Wohnungen mit 26 Plätzen
- Geplante Einrichtungen -keine-
- Allgemeine Informationen zur Lage in der Landeshauptstadt Dresden

Pi/004/2015 10. März 2015

- 1.313 Personen wurden zur Unterbringung zugewiesen
davon 1.247 Erstantragsteller
66 Folgeantragsteller
- Eine Prognose für das Jahr 2015 geht von minimal 1.677 und maximal von 2.630 Asylsuchenden aus.

- **Aktuelles zur Betreuungssituation vor Ort**

Im Zuge der Aufstockung der sozialen Betreuung auf einen Schlüssel von 1:100 erfolgt eine Regionalisierung der Betreuungsstruktur. Dieser Betreuungsschlüssel ermöglicht es, in den jeweiligen Regionen eine verantwortliche Person für die „Sozialraumkoordination Asyl“ abzustellen, die insbesondere auch die Netzwerkarbeit, die Koordination von Angeboten und ehrenamtlichen Engagement als Aufgabe hat. Die neue Struktur soll ab März 2015 etabliert sein. Dafür ist es jedoch notwendig, dass kurzfristig geeignetes Personal gefunden und vertraglich gebunden werden kann.

Seit 1. März 2015 hat Herr Stadtrat Naumann eine Aufgabe im sächsischen Flüchtlingsrat übernommen. Dafür sind 30 Stunden pro Woche vorgesehen. Unterstützt wird er von Frau Sarner (10 Std. pro Woche). Sie sind zuständig für die OA Gebiete Neustadt, Klotzsche und Pieschen. Der Sitz des Flüchtlingsrats befindet sich am Dammweg 5.

Über Öffnungs- und Sprechzeiten liegt noch keine Information vor. So bald diese dem OA Pieschen genannt, werden diese bekannt gegeben.

TOP 4 Sonstiges, Informationen und Anfragen aus dem Ortsbeirat

- Zurzeit erfolgt die öffentliche Auslegung des Landschafts- und Flächennutzungsplanentwurfs in der Fassung vom 16. Juni 2014. Die Einsichtnahme ist vom 26.02. bis 10.04.2015 während der Sprechzeiten im Rathaus Pieschen, Sekretariat, möglich. Des Weiteren findet am 18.03.2015 um 17:00 Uhr im Bürgersaal des Rathauses Pieschen eine Bürgerversammlung statt. Der Ortsbeirat ist dazu herzlich eingeladen.
- Gleichzeitig liegt der Bebauungsplan 110 a, Dresden-Kaditz/Mickten, Stadterweiterung Kötzschenbroder Straße/Lommatzcher Straße (Änderungssatzung) in der Zeit vom 2. März bis 02. April 2015 zur Einsichtnahme aus.
- Bezüglich der Vorstellung der neuen Schulstandorte in Pieschen teilte das Schulverwaltungsamt mit, dass die Vorstellung aus organisatorischen Gründen erst im April 2015 erfolgen kann.
- Der Geldautomat auf der Industriestraße ist in Betrieb genommen.
- Auf die Anfrage zu den Baumfällungen an Spielplatz Neuländer Straße liegt vom Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft eine Antwort vor. Das Antwortschreiben wird als Kopie dem Protokoll beigelegt.
- Auf die Anfrage zur Beleuchtungssituation auf der Bolivarstraße liegt von der Abteilung Stadtbeleuchtung eine Antwort vor. Das Antwortschreiben wird als Kopie dem Protokoll beigelegt.
- Auf die Anfrage zur Parksituation auf der Bürger- und Leisniger Straße liegt eine Antwort vom Ordnungsamt vor. Das Antwortschreiben wird als Kopie dem Protokoll beigelegt.
- Zur Problematik der Reitwege antwortet die untere Forstbehörde wie folgt:

Pi/004/2015 10. März 2015

Herr Heinzel war mit Bürgern an mehreren Nachmittagen vor Ort. Leider konnten sie zu diesen Zeiten keine Reiter feststellen. Eine ständige flächige Kontrolle im Stadtgebiet ist leider nicht möglich. Ordnungswidrigkeitenverfahren können durch Anzeigen von Bürgern eingeleitet werden. Die markierten Reitwege sind auch nach temporärem Wegfall der Reitwegeabgabe einzuhalten.

Ein für Reitwege zu schmaler Abstand nordwestlich des Heidefriedhofs wird eingezogen, um eine Konfrontation zwischen Fußgängern und Reitern zu vermeiden.

- Die Problematik Parkverbote Maxim-Gorki-Straße ist noch offen.
- Der Gehweg an der Weixdorfer Straße wird saniert. Mitglieder des Ortsbeirates erklären, die Sanierung sei schon erfolgt.
- Die Gehwege auf der Boxdorfer Straße werden seit 02. März 2015 instandgesetzt.
- Die öffentliche Beleuchtung in Rückert-, Seume- und Waldstraße soll bis Ende Juni 2015 ausgebessert und instandgesetzt werden.
- Die Aktion „Sauber ist schöner“ findet zwischen dem 21. und 28. März 2015 statt. Abschluss dieser Aktionswoche ist die Elbwiesenreinigung am 28. März 2015, 9 bis 12 Uhr - Treffpunkt im Ortsamt Pieschen ist an Kötzschenbroder Str. / Herbststraße sowie an der Moritzburger Str./ Elbradweg.
- Zur Besetzung der vakanten Ortsamtsleiterstelle Pieschen / Klotzsche soll die Vorlage in einer gemeinsamen, nicht öffentlichen Sitzung der Ortsbeiräte Pieschen und Klotzsche am 14. April 2015 behandelt werden.
- Auf die Anfrage zur Beleuchtungssituation auf der Bolivarstraße liegt von der Abteilung Stadtbeleuchtung eine Antwort vor. Das Antwortschreiben wird als Kopie dem Protokoll beigefügt.
- Die Fortschreibung Kita-Bedarfplans 2015/16 wird im Mai 2015 vorgestellt. Die Vorstellung des Bildungsberichtes wurde vom Bürgermeister Seidel strikt abgelehnt. Der Ortsbeirat forderte einstimmig die Vorstellung des 2. Bildungsberichtes in einer der nächsten Sitzungen. Das Ortsamt wird sich mit dem zuständigen Amt in Verbindung setzen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
in der fünften Sitzung des Ortsbeirates Pieschen (OBR Pi/005/2015) am 10. März 2015 wurde der Wunsch vorgetragen, den 2. Bildungsbericht in einer der kommenden Sitzungen vorzustellen.

Der 1. Bildungsbericht wurde 15. Januar 2013 im Ortsbeirat Pieschen präsentiert und es stellte sich heraus, dass er ein wertvolles Instrument zur Steuerung der Bildungspolitik in der Landeshauptstadt Dresden ist. Der Ortsbeirat fasste folgenden Beschluss:

Der Ortsbeirat Pieschen bittet deshalb die Oberbürgermeisterin zu veranlassen, dass der 2. Bildungsbericht im Ortsbeirat Pieschen durch den GB 5 - Bildungsbüro - vorgestellt wird.

*Abstimmungsergebnis: einstimmig
18 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen*

Pi/004/2015 10. März 2015

- Frau Geiler fragte nach, ob ein „Urinal“ auf der Oschatzer Straße aufgestellt werden könnte. Ist es möglich, dieses im Zuge der Baumaßnahme „Pieschener Melodien“ einzu-richten?
Dieses wieder entstandene Problem kann momentan durch das Ortsamt nicht grundlegend geklärt werden.
- Herr Sawatzki fragte, ob eine Abschrift einer Petition von Anwohnern der Lauterbacher Straße im Ortsamt Pieschen zur Kenntnisnahme eingegangen ist. Das Problem ist die Bushaltestelle und ein zu schmaler Fußweg, welcher eine Gefahrenquelle für Kinder dar-stellt.
Das Schreiben liegt dem Ortsamt Pieschen gegenwärtig nicht vor.
- Für die Arbeitsgruppe entsprechend des Antrages zum Thema „Asyl“ erklärten sich folgende Ortsbeiräte zur Mitarbeit bereit:
Herr Walther (CDU), Herr Dr. Daniels (Grüne), Frau Peter (Piraten),
Herr Devantier (*DIE LINKE*), Frau Geiler (Freie Bürger) und Herr Engel (SPD)
Die erste Beratung findet am 19.03.2015 im Rathaus Pieschen, 1. Etage, Zimmer 107, um 17:00 Uhr statt.

Christian Wintrich
Vorsitzender

Wolfgang Trobisch
Schriftführer